

10.05

Abgeordneter Otto Pendl (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Galerie und vor den Bildschirmen! Ein sensibles Thema, pflege ich zu sagen, ist hier anscheinend immer sehr schwierig zu diskutieren. Aber ich hoffe zumindest, dass wir Konsens darüber haben, dass der Verrohung der Sprache Taten folgen, und das ist genau jener Punkt, hinter dem sich anscheinend nicht immer alle finden.

Ich stehe nicht an, mich bei dieser Bundesregierung, beim Herrn Bundeskanzler zu bedanken. Bei der **ersten** Gelegenheit hat er zum Ausdruck gebracht, dass er in diesem Bereich – und das könnt ihr jetzt zerpfücken, wie ihr wollt – zu diesem Beschluss, der seinerzeit beim Asylgipfel gefasst worden ist, steht. – Punkt.

Und es gelingt und gelingt nicht, dass wir hier **keine** Vermischung der verschiedensten Rechtsbestände vornehmen – die einen, weil sie sich vielleicht nicht auskennen, das möge so sein, die anderen mit Sicherheit mit voller Absicht, weil es so schön ist, wenn man die Menschen in unserer Heimat verunsichert. (*Abg. Belakowitsch-Jenewein: Der Bundeskanzler!*)

Ich glaube, dass wir gemeinsam die Verpflichtung haben, den Menschen Sicherheit zu vermitteln und die richtigen Maßnahmen zu setzen, aber auf der anderen Seite alle Maßnahmen zu setzen, dass bei jenen, die bei uns bleiben, weil sie den Status erhalten haben – hier scheiden sich die Geister in allen Rechtsmaterien ja oft schon bei der Formulierung –, die Integration funktioniert. – Punkt. So einfach ist das.

Aber in Wirklichkeit sind wir gemeinsam gefordert – wir hier, der Staat als Ganzes, die Europäische Union, aber auch die internationale Staatengemeinschaft –, dass wir jene Länder, in denen die Krisenherde bestehen, beruhigen. Dann entsteht der Flüchtlingsstrom erst gar nicht.

Ich werde bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck bringen, dass mir **jede einzelne** Straftat eine zu viel ist, aber ununterbrochen zu suggerieren, dass es Nichtösterreicher sind, die dieses Problem entstehen lassen, ist ganz einfach unrichtig. Wenn man das tut, bezweckt man etwas damit.

Ich glaube, wir haben die gemeinsame Aufgabe und die gemeinsame Verpflichtung, jenen Menschen klar zu signalisieren: Jawohl, du hast ein Anrecht nach der Konvention – oder du hast keines. – Punkt. Und außer den Beschlüssen der Bundesregierung sehe ich keine konstruktive Mitarbeit an dem Thema. (*Zwischenruf*)

des Abg. **Steinbichler**.) – Da könnt ihr Zwischenrufe machen, soviel ihr wollt! Es ist nicht richtig, wenn wir immer wieder von Zahlen reden, die nicht stimmen. Das ist eindeutig. Wir alle haben nicht die Zeit, dass wir hier jetzt etwas mit Zahlen aufrechnen. Der Herr Bundeskanzler hat richtig gesagt, dass wir die ja alle lesen können, die werden **täglich** veröffentlicht.

Ich glaube aber, dass die notwendige Konsequenz darin bestehen muss, jene, die unsere Hilfe brauchen, so zu integrieren, dass sie selbst und die Gesellschaft in diesem Land kein Problem haben. Und bei allen, die kein Anrecht haben, müssen wir uns rechtzeitig darum kümmern, die Zurückweisung oder Zurückführung ganz einfach umzusetzen. – Punkt.

Ich möchte hier auch die Gelegenheit nützen, dem Herrn Verteidigungsminister zu danken, denn es ist ja keine Selbstverständlichkeit, dass er mit dem Innenminister – beziehungsweise vorher mit der Innenministerin – versucht, dass diese Ressorts mit ihren Ressourcen die notwendigen Aufgaben gemeinsam umsetzen.

Bei jeder Gelegenheit, bei der wir Maßnahmen gesetzt haben – Erhöhung von Planstellen, Gesetzesanpassungen –, wart ihr dagegen und habt nicht mitgestimmt. Nicht einmal bei der Planstellenerhöhung habt ihr mitgestimmt! Ich stehe nicht an, allen Polizistinnen und Polizisten, Soldatinnen und Soldaten bis hin zu allen NGOs dafür zu danken, was sie für diesen Staat und für die Österreicherinnen und Österreicher leisten. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Wenn Sie dieses Thema ernst nehmen, dann versuchen wir gemeinsam, diese Frage menschlich, human und im Interesse des Gesamtstaates zu einer Lösung zu bringen! *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

10.09

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Gerstl. – Bitte.